
hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 02/2016



WIR LIEBEN GRÜN!



MEHR SCHIENE

Stellung zum Entwurf
des Bundesverkehrswegeplanes
bezogen

3

MEHR UNTERSTÜTZUNG

Vernetzung mit Sinnes-
behinderten-Verbänden
gestärkt

4

MEHR SCHUTZ

Konzepte zur Stärkung
von Kinder- und Jugend-
medienkompetenz gefragt

10

Liebe Leserinnen und Leser,



unsere **Thüringer Wälder sind ein großartiges Erbe** und unser größter Schatz. Nicht umsonst wird Thüringen auch das „Grüne Herz Deutschlands“ genannt. Wie wir diese Wälder besser schützen und deren Arten- und Biotopvielfalt erhalten können, hat uns in den letzten Monaten besonders beschäftigt. Wie können wir große, naturschutzfachlich wertvolle Gebiete aus der forstwirtschaftlichen

Nutzung nehmen? Welche Waldgebiete kommen dafür in Thüringen in Frage? Und wie können wir die wertvollen Waldwildnisgebiete miteinander verbinden? Diesen und vielen weiteren Fragen haben wir uns mit Exkursionen in den Sondershäuser Possenwald und den nordwestlichen Thüringer Wald sowie einem Fachgespräch im Thüringer Landtag gewidmet.

Entscheidend beschäftigt hat uns nach den teils erschütternden Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aber auch die Frage: Wie umgehen mit dem **Erstarken des Rechtspopulismus und der AfD** in Deutschland? Gemeinsam mit den anderen bündnisgrünen Ostfraktionen und der Grünen-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses haben wir uns auf klare Leitlinien geeinigt, wie wir Stimmungsmache und platten Parolen der AfD und ihrer Protagonisten entgegen treten wollen. Einige wesentliche Auszüge daraus gibt es in dieser Ausgabe der hinterGRÜNde noch einmal zum Nachlesen.

Besonders am Herzen liegt uns die **Zukunftsfähigkeit unserer Thüringer Gebiets- und Verwaltungsstrukturen**. Nur, wenn wir Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen effizienter gestalten und bündeln, können wir dem demografischen Wandel der kommenden Jahre mit wirtschaftlichen Kostenstrukturen begegnen. Bereits im März haben wir einen Gesetzentwurf zur Stärkung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene vorgestellt, mit dem unter anderem auch die Weichen für mehr Bürgerbeteiligung im Rahmen der Gebietsreform gestellt werden sollen. Im Aprilplenium des Thüringer Landtags wurde außerdem erstmalig das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen beraten (Drs. 6/2000). Damit werden klare Ziele und der Weg zu einem der wichtigsten Vorhaben der rot-rot-grünen Regierungskoalition formuliert.

Nicht zuletzt beschäftigt uns natürlich auch weiterhin das Schicksal der vielen Tausend Menschen, die im vergangenen Jahr zu uns geflüchtet sind. Während es 2015 vor allem um die menschenwürdige Unterbringung ging, spielt nun die **Integration eine entscheidende Rolle**, beispielsweise, wenn es um die Beschulung der Flüchtlingskinder geht. Um einmal ausdrücklich **DANKE** zu sagen, luden wir viele engagierte Flüchtlingshelferinnen und -helfer im Mai in den Thüringer Landtag zu uns ein. Doch dazu mehr in der nächsten Ausgabe unserer hinterGRÜNde.

Jetzt wünsche ich erst einmal viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe!

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE
ZUSAMMEN DENKEN



5 % **Wald für den Naturschutz**

Der Waldreichtum hat Thüringen zum grünen Herzen Deutschlands gemacht. Damit dieser Wald vital und lebendig bleibt, setzen wir uns für die Entwicklung von Waldwildnisgebieten auch außerhalb des Nationalparks Hainich ein. Darüber, wie die im Koalitionsvertrag vereinbarten fünf Prozent an nutzungsfreien Gebieten am besten umgesetzt werden können, haben wir fachliche Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertinnen und Experten geführt. **Das Ergebnis lautet:**

Neben vielen kleinen Trittsteinen sind großflächige **nutzungsfreie Waldgebiete** von **mehr als 1.000 Hektar** für einen ungestörten genetischen Austausch und gesunde Populationen von Pflanzen und Tieren **unverzichtbar**.



Neben bereits vorhandenen großen, ungenutzten Wäldern im Hainich und der Hohen Schrecke treten wir für neue große Waldwildnisareale im Thüringer Wald, der Hainleite und im Possenwald ein. Diese Gebiete sollen zudem wie eine Perlenschnur die Basis für den bundesweit ersten Urwaldpfad sein. Damit leisten wir einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung und stärken gleichzeitig mit einem naturnahen Tourismus eine angepasste Regionalentwicklung im ländlichen Raum.

Solarenergie voranbringen

Die Nutzung von Sonnenenergie ist eine tragende Säule der Energiewende in Thüringen. Wir setzen deshalb auf einen intensiven Dialog mit der Thüringer Solarbranche, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Denn wir wollen zum einen, dass sich die Thüringerinnen und Thüringer mit Sonnenwärme- und Sonnenstromanlagen unabhängig machen können von Öl, Kohle oder Atomstrom. Und zum anderen, dass Thüringen mit der Produktion und Anwendung im eigenen Land regionale Wirtschaftskreisläufe weiter ausbaut. Mit der Weiterentwicklung des 1.000-Dächer-Solarprogramms werden wir nach zwei Fachgesprächen einen Schwerpunkt auf Eigenstromerzeugung setzen. Konkret sollen die Kopplung von Sonnenstromanlagen mit der Elektromobilität und Stromspeichern sowie die Nutzung

von Überschussstrom in Wärmespeicher gefördert werden. Ebenso wollen wir, dass Bürgerenergieanlagen und Mieterstrommodelle stärker unterstützt werden.

Mehr Schiene im Bundesverkehrswegeplan

Am 16. März 2016 wurde der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. Für Thüringen bedeutet das neben 39 neuen Straßenbauprojekten nur ein neues Schienenprojekt. Das ist uns nicht genug. Wir werden weiter für eine bessere Schieneninfrastruktur kämpfen sowie für den vorrangigen vollständigen zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) von Chemnitz über Gera, Jena und Weimar nach Erfurt streiten. In Südthüringen setzen wir uns dafür ein, dass der Lückenschluss der Werrabahn als fernverkehrsrelevant eingestuft wird. Außerdem fordern wir mehr Transparenz und bessere Berücksichtigung von Umwelt- und Schallbelastungen in den Bewertungskriterien. Mit einem Plenarantrag thematisieren wir die insgesamt viel zu geringe Berücksichtigung von Thüringer Schienenprojekten zur Erschließung der Regionen.

Mehr Infos unter:
gruenlink.de/15of



Mit starker Besetzung war die grüne Landtagsfraktion Anfang März im Sondershäuser Possenwald (Nordthüringen) vor Ort. Dirk Adams, Roberto Kobelt, Olaf Müller und Babett Pfefferlein trafen sich mit der Bürgerinitiative „ProKyffhäuserwald“ sowie Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Behörden, um über Möglichkeiten zur Herausnahme der Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung ins Gespräch zu kommen.



Inhalt

Editorial 2

Ökologie und Ökonomie 3

UN-Behindertenrechtskonvention auf gutem Weg .. 4

Gelebte Demokratie braucht Beteiligung 5

Rechtspopulismus der AfD entgegentreten..... 6

Aufarbeitung braucht historische Anknüpfungspunkte 8

Kinder haben das Recht auf Bildung und Zukunft ... 8

Mittelständische Banken stärken 9

Milch darf kein Dumpingprodukt bleiben 9

Medienkompetenz fördern 10

Rechte und extrem rechte Szene im Auge behalten 10

Termine – Rück- und Ausblick 11

UN-BEHINDERTENRECHTS-KONVENTION AUF GUTEM WEG



Einen wichtigen Schwerpunkt in der gesundheits- und sozialpolitischen Arbeit der Fraktion bildet seit Beginn der Legislatur das Engagement für Menschen mit Behinderung. Besonders in den letzten Wochen dominierte die im Koalitionsvertrag vereinbarte, mögliche Öffnung des Landesblindengeldes auch für Menschen mit Hörbehinderung bzw. Taubblinde die Agenda. So fanden zahlreiche Gespräche mit Verbänden und Selbsthilfegruppen sowie Begegnungen mit Betroffenen statt.

In Vorbereitung ist außerdem die Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Die rot-rot-grüne Strategie der größtmöglichen Beteiligung ist dabei besonders begrüßenswert, denn so sollen bis zur Verabschiedung im Diskussionsprozess mit Betroffenen, Verbänden und Vereinen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, um die Regelungen noch enger an die Lebenswirklichkeit der Menschen mit Behinderung anzupassen. So erfuhren wir beispielsweise in zahlreichen Gesprächen mit Familien und Angehörigen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung von Problemstellungen, die zunächst als Einzelfall formuliert wurden, bei genauer Betrachtung jedoch für uns den Auftrag bedeuten, in der Novelle sehr genau darauf zu achten, dass Inklusion als Querschnittsaufgabe in allen Bildungsbereichen und Einrichtungen berücksichtigt wird.

Neben der engen Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen und Betroffenen ist es uns ein wichtiges Anliegen, auch die Wirtschaft intensiver an das Thema zu binden. Gerade in

Bereits im Januar traf sich Babett Pfefferlein zu einem intensiven Gespräch mit der Landesvorsitzenden des Gehörlosenverbandes Thüringen e.V., Erika Beyer. Thema waren unter anderem die

Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für Sinnesbehinderte, insbesondere Gehörlose, in Thüringen. Gesprochen wurde außerdem über die inklusive Beschulung von gehörlosen und schwerhörigen Kindern und Jugendlichen sowie die Möglichkeit, ein Wahlpflichtfach „Deutsche Gebärdensprache“ an Thüringer Schulen einzurichten. Wir freuen uns auf die Fortsetzung dieses Dialogs.



Zeiten des Fachkräftemangels ist es nur konsequent, wenn endlich mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Barrierefreie Zugänge zu Verwaltungen und an öffentliche Orte sind eine weitere, wichtige Anforderung, die es für Menschen mit Behinderungen zu unterstützen gilt. Sie sind außerdem eine umzusetzende Maßnahme aus der UN-Behindertenrechtskonvention, zu deren Umsetzung sich Deutschland verpflichtet hat. Es reicht nicht, eine Rampe an die Rathaustrampe zu montieren: Zugänge zu Veranstaltungsräumen, Bahnhöfen und Büros sind oftmals wegen schmaler Türen für Rollstuhlfahrer versperrt; Markierungen für Sehbehinderte fehlen teils ganz und barrierefreie Zugänge zu Informationen auf Internetseiten stehen auch noch immer nicht flächendeckend zur Verfügung. Es ist dringend notwendig, dass bei Umbauten, Sanierungen sowie Neugestaltungen von Gebäuden oder Informationsplattformen solche Aspekte mehr Beachtung finden. Dafür setzen wir uns weiter ein.

Es gibt viel zu tun. Packen wir es an!

Mit der Ernennung von Joachim Leibiger zum Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Thüringen steht ein weiterer kompetenter Ansprechpartner und Partner in der Landesregierung zur Seite. Bild: thueringen.de



Momentan erhalten 4.175 Menschen in Thüringen ein **Blindengeld von 270 Euro monatlich**. Damit bildet Thüringen das Schlusslicht in Deutschland.

Zum 1. Juli 2016 ist eine Erhöhung auf 320 Euro vorgesehen, schrittweise soll das Blindengeld **bis zum 1. Juli 2018 auf 400 Euro steigen**.

Im Doppelhaushalt 2016/2017 sind dafür knapp **22,4 Mio. Euro** veranschlagt.



GELEBTE DEMOKRATIE BRAUCHT BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN



Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, auch in Thüringen eine „Kultur des Gehörtwerdens“ zu etablieren, denn Demokratische Beteiligung umfasst für uns mehr als nur den regelmäßigen Gang zur Wahlurne. Sie ist die aktive Teilnahme der Menschen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Hürden, die dieser Beteiligung entgegenstehen, müssen wir abbauen, das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und damit die Akzeptanz der Demokratie stärken. Restriktive Verfahrensregelungen führen dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger die Instrumente direkter Demokratie kaum nutzen oder sie bei der Anwendung scheitern. In Thüringen werden die Instrumente direkter Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene relativ selten angewandt, weil schon allein durchschnittlich ein Drittel der Bürgerbegehren für unzulässig erklärt wird.

Hier bestand dringend Handlungsbedarf. Zusammen mit unseren rot-rot-grünen Koalitionspartnern und dem Mehr Demokratie e.V. Thüringen haben wir einen Gesetzentwurf erarbeitet, der bestehende Verfahrensregelungen vereinfacht, neue Instrumente, wie Ratsreferenden und Begehren



In einer Pressekonferenz stellten Ralf-Uwe Beck vom Mehr Demokratie e.V., Anja Müller (Fraktion DIE LINKE), Uwe Höhn (SPD-Fraktion) und Dirk Adams gemeinsam das Gesetzesvorhaben vor.

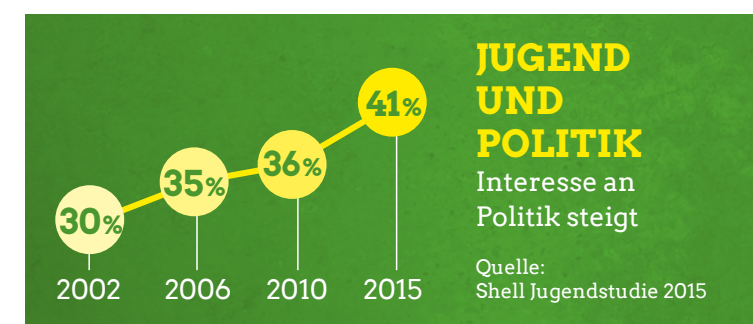
zur Einleitung eines Abwahlverfahrens von Bürgermeistern, einführt und so die Hemmnisse der Beteiligung senkt (Drs. 6/1840). So heben wir etwa das Kopplungsverbot für Bürgerentscheide und Kommunalwahlen auf und führen ein Recht auf Beratung in formalen Fragen ein. Im Rahmen der Gebietsreform wird die Bedeutung der Instrumente direkter Demokratie steigen und wir schaffen für die Thüringerinnen und Thüringer auch die Voraussetzung, dass sie sie nutzen können.

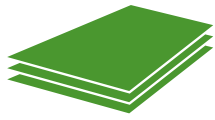
Wählen mit 16

Eines der ersten Gesetzesvorhaben, das wir in dieser Legislatur eingebracht haben, war die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre (Drs. 6/685). Denn die stetige Alterung der Bevölkerung braucht ein aktives Gegengewicht in den politischen Entscheidungsprozessen. Und das Interesse an Politik steigt, wie aus der Shell-Jugendstudie 2015 hervorgeht.

Wir nehmen junge Menschen auf allen politischen Ebenen ernst und wollen sie beteiligen. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache, die bei Entscheidungen über ihre Zukunft mitbestimmen können sollten. Wie wichtig die Absenkung des Wahlalters ist, verdeutlicht auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Denn die Erstwahlbeteiligung ist ein Hebel für die Gesamtwahlbeteiligung. Und politisches Interesse und Wahlbeteiligung bedingen sich gegenseitig.

Auf Landesebene ist dieses Vorhaben aufgrund des Widerstandes in der CDU gescheitert. Aber auf kommunaler Ebene werden dank der Absenkung des Wahlalters Belange junger Thüringerinnen und Thüringer mehr in das Blickfeld der Politik rücken.





DEM RECHTSPOPULISMUS DER AfD ENTGEGENTRETEN MIT KLARHEIT UND MUT FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT!

Traditionell kommen die ostdeutschen Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die GRÜNEN-Fraktionäre aus dem Abgeordnetenhaus in Berlin einmal jährlich zu einem gemeinsamen Vernetzungstreffen zusammen. In diesem Jahr waren Erfurt und der Thüringer Landtag als Veranstaltungsort an der Reihe. Neben aktuellen Themen aus den fünf Landtagen bzw. dem Berliner Abgeordnetenhaus stellten die Fraktionsspitzen im Rahmen einer Pressekonferenz ein gemeinsames Positionspapier zum Umgang mit der AfD und Rechtspopulismus vor, das wir nachfolgend in Auszügen vorstellen möchten:

Das komplette Positionspapier online unter:

► gruenlink.de/15oh

Die AfD ist der Gegenpol zu grünen Vorstellungen von Pluralismus, Europa und einer vielfältigen Gesellschaft

[...] Die Frage, warum so viele Menschen die AfD gewählt haben, ist nicht einfach zu beantworten. Zum einen wissen wir seit mehreren Jahren, dass es einen harten Kern von reaktionären, rechtspopulistischen und rassistisch eingestellten Menschen in Deutschland gibt, deren Weltbild durch die AfD und ihre Funktionäre geäußert und vertreten wird. Zum anderen zeigen bspw. die Heitmeyer-Studien zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, die Abstiegsängste und Wut auf die politischen Verhältnisse oder die Parteien verspüren. Diese Ängste nutzen die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten gezielt und lenken sie auf Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten, Musliminnen und Muslime. [...]

Als Grüne in den ostdeutschen Bundesländern müssen wir uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass dieses Agieren der AfD im Osten besondere Früchte trägt. Scheinbar gibt es eine besondere Anfälligkeit einiger Menschen in Ostdeutschland, was auch wissenschaftliche Untersuchungen nahe legen (siehe Fazit des „Thüringen-Monitors 2015“ zur Ostdeprivation). Hinzu kommt wenig Er-

fahrung mit Migration und einer vielfältigen Gesellschaft in den ostdeutschen Flächenländern. [...]

Wir müssen auch selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Strategien zum Umgang mit der AfD nicht erfolgreich waren. Weder konnte die Übernahme von AfD-Forderungen, wie durch Teile von SPD und CDU praktiziert, noch ihre Dämonisierung als eine Art NPD-light greifen.

Die AfD geriert sich als Opfer des Establishments, der Medien und der „Altparteien“

Die AfD hat in den letzten Monaten einen doppelten Opfermythos aufgebaut. Dabei inszeniert sie sich zum einen als Opfer der Medien und zum anderen als Opfer der etablierten Parteien. Diesem Denkmuster folgend, bezeichnet sich die AfD selbst als Anti-Establishment-Partei sowie als „Partei des gesunden Menschenverstandes“.

Diesem Opfermythos sollte nicht das Wort geredet werden, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich Ausgrenzung und Tabuisierung als politische Handlungsstrategie bezogen auf die AfD nicht bewährt haben. Insofern setzen wir Grüne unsere klaren Standpunkte und Lösungen gegen die AfD und vertreten diese offen in Diskussionen.

Die AfD und ihre Funktionäre arbeiten mit gezielten Provokationen und verschieben damit sukzessiv den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts. Hektische Empörung hilft hier nur sehr eingeschränkt als Gegenstrategie. Vielmehr müssen insbesondere wir Bündnisgrüne auf die Radikalität der Forderungen hinweisen. Doch dabei darf es nicht bleiben. Die Diskussion muss auch von uns immer wieder

Klare Standpunkte und Lösungen

Ostgrüne Grüße aus dem Thüringer Landtag

EINZIGE

ALTERNATIVE

FÜR

DEUTSCHLAND

Mit einer Bildaktion symbolisierten die Fraktionsspitzen grüne Ansätze für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft (von links): Volkmar Zschocke (Sachsen), Dirk Adams (Thüringen), Antje Kapek (Berlin), Marie Luise von Halem (Brandenburg) und Johann-Georg Jaeger (Mecklenburg-Vorpommern)



zurück auf die Sach- und Inhaltsebene geführt werden, indem wir unmissverständlich Stellung beziehen, sowohl in der Flüchtlingspolitik als auch in Fragen der Gleichstellung, des vielfältigen und toleranten Zusammenlebens und bei den Forderungen nach einem solidarischen Europa.

Die AfD geriert sich als „Volksstimme“ und es liegt an allen Demokratinnen und Demokraten, deutlich zu zeigen, dass ihre Positionen nicht mehrheitsfähig sind. Dazu gehört es auch, der AfD im politischen Diskurs nicht das Feld zu überlassen. Den Platz zu räumen und die AfD im Diskurs nicht zu stellen, ist der falsche Ansatz. Wir lassen uns die politische Agenda nicht von der AfD diktieren und werden die Diskussion dort führen, wo immer wir es für nötig erachten.

Demokratie braucht Debatte

Unsere Demokratie lebt von der Auseinandersetzung und dem argumentativen Streit in der Sache. Meinungsaustausch und Meinungsbildungsprozesse sind ein enormes Gut demokratischer Gesellschaften. Wir werden diesen wichtigen gesellschaftlichen Baustein nicht von der Demagogie der AfD zerstören lassen. Es gilt daher, klare Grenzen zu ziehen. Wer sich bspw. rassistisch oder sexistisch äußert, verlässt klar den liberalen Ansatz eines demokratischen Diskurses und muss dies auch deutlich gesagt und gezeigt bekommen.

Rassistische und völkische Initiativen lehnen wir ab und leisten im Rahmen des parlamentarisch möglichen maximalen Widerstand. Allerdings werden wir Populismus nicht mit Populismus bekämpfen. Wir sind von der Kraft des Meinungsstreites überzeugt und setzen unsere Argumente gegen die populistische Rhetorik der AfD. Ziel unserer Auseinandersetzung muss es sein, differenziert und den komplexen Problemlagen angemessen nach Lösungen zu suchen. Das braucht Zeit und Raum, den wir uns als Bündnisgrüne nehmen müssen!

Wir Grüne sind es auf allen politischen Ebenen gewohnt, ausdauernd und sachlich Kritik zu üben und beharrlich auf Missstände hinzuweisen. Wir ersetzen Lösungen dabei nicht durch einfache Parolen. Diesen kritisch-konstruktiven Blick auf die Gesellschaft sollten wir beibehalten – auch wenn wir in Regierungsverantwortung stehen. [...]

Als Grüne erkennbar und unterscheidbar sein

Die scheinbare Alternativlosigkeit der Großen Koalition auf Bundesebene ist ein Problem und gibt vielen Menschen das Gefühl, einen „politischen Einheitsbrei“ serviert zu bekommen. [...]

Uns Grünen geht es daher darum, unsere klare Haltung immer deutlich zu vermitteln:

- Wir geben demokratische, sozial-gerechte und ökologische Antworten auf die aktuell anstehenden Fragen.
- Wir stehen für die Bekämpfung von Armut, soziale Teilhabe und gegen das Ausspielen von bedürftigen Gruppen.
- Wir stehen für die Energiewende und gegen die Absicherung des Geschäftsmodells der großen Energiekonzerne mit Kohle und Atom.
- Wir gehen effektiv gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft vor, indem wir konsequent für eine solidarische Gesellschaft eintreten.
- Wir stehen für ein offenes und vielfältiges Europa mit starken demokratischen Institutionen und gegen Abschottung und Rückkehr zum national-staatlichen Denken.
- Wir stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft sowie die Gleichberechtigung aller Geschlechter. Dazu gehört auch die Freiheit unterschiedlichster Lebensmodelle.

Dies macht unsere Politik aus, egal ob wir in Regierungsverantwortung stehen oder unsere Arbeit in der Opposition machen.

Die ostdeutschen Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

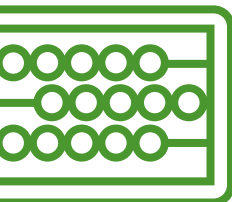


AUFARBEITUNG BRAUCHT HISTORISCHE ANKNÜPFUNGSPUNKTE

Die Expertenkommission des Bundes zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat kürzlich in ihrem Bericht empfohlen, dass die zwölf ostdeutschen Außenstellen zu mindestens einer Stelle pro Bundesland zusammengelegt werden sollten. Diesen Vorschlag halten wir für problematisch, sind doch die BStU-Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl nicht nur wichtige Lern- und Gedenkort sowie Anlaufstellen für die Opfer von Bespitzelung, sondern zugleich auch Symbole für das Gelingen der friedlichen Revolution. Die vollständige Weiterführung des Stasi-Unterlagen-Archivs mit eigenem Namen und sichtbarer Eigenständigkeit, das Fortbestehen der Regelungen des Stasi-Unterlagengesetzes und der Vorschlag für ein neues Profil des Bundesbeauftragten als

Ombudsmann für die Betroffenen begrüßen wir. Allerdings gilt es, auch Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl zu erhalten und über mögliche Kooperationen oder Zusammenschlüsse vor Ort nachzudenken, um Aufarbeitung an historischen Orten in den ehemaligen Bezirkshauptstädten zu stärken: In Erfurt mit der Bildungs- und Gedenkstätte Andreasstraße, in Gera mit dem Amthordurchgang, der ehemaligen U-Haft-Anstalt, und in Suhl mit der ehemaligen U-Haft-Anstalt in der Neundorfer Straße, wo sich derzeit das Archivdepot befindet, wäre dies aus unserer Sicht beispielhaft denkbar.

Die Plenarrede von Astrid Rothe-Beinlich finden Sie unter: gruenlink.de/15xw



ALLE KINDER HABEN DAS RECHT AUF BILDUNG UND ZUKUNFT

In den letzten Monaten haben die Schulen in Thüringen viele Kinder von Geflüchteten aufgenommen. Derzeit lernen etwa 9.000 Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache in Thüringen. Damit dies auch personell abgesichert ist, haben wir mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 für die kommenden zwei Jahre Einstellungen von 1.300 Lehrer-

Derzeit lernen etwa **9.000** Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache in Thüringen.

stellen und zudem weiteren 100 Stellen für Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ) ermöglicht.

Das Bildungsministerium arbeitet zudem intensiv daran, die DaZ-Ressourcen in den Schulen und die fachlichen Kompetenzen der vorhandenen Lehrkräfte durch unterrichtsbegleitende Fortbildungsprogramme weiter auszubauen. Mit der Erarbeitung von Handreichungen für Lehrkräfte werden diese nachhaltig unterstützt. Allerdings sehen wir insbesondere bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durchaus noch Probleme bei der Umsetzung der Schulpflicht. So gibt es Beispiele von unbegleiteten minderjährigen Ausländerin-

nen und Ausländern, die seit mehr als drei Monaten in Thüringen leben und von den örtlichen Jugendämtern noch nicht in den Schulen angemeldet wurden. Hier müssen die Jugendämter dringend ihrer Verpflichtung nachkommen, den Zugang zu Bildung auch für diese Jugendlichen zu gewährleisten. Schwierig gestaltet sich zudem die Problematik, dass die Schulpflicht in Thüringen zehn Schulbesuchsjahre umfasst. Viele junge Geflüchtete sind zwar bereits 16 oder 17 Jahre alt, haben aber aufgrund der schwierigen Situation in ihren Herkunftsländern weder zehn Jahre eine Schule besucht, noch verfügen sie über einen Schulabschluss. Unser Ziel ist es, ähnlich wie in Hamburg ein Recht auf Bildung auch für diejenigen festzuschreiben, die älter als 16 Jahre sind, um ihnen einen Schulabschluss und damit perspektivisch auch den Zugang zum Studium oder Arbeitsmarkt zu ermöglichen.



Astrid Rothe-Beinlich



MITTELSTÄNDISCHE BANKEN NICHT GEFÄHRDEN

Erst kürzlich lehnte der Thüringer Landtag mit breiter Mehrheit Bestrebungen ab, die Einlagensicherungen für Banken auf europäischer Ebene vollständig zu harmonisieren. Vor allem aber machen mittelständischen Kreditinstituten wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken zunehmende Kontrollauflagen der EU und die expansive Geldpolitik der EZB zu schaffen. Sie sind davon ungleich stärker betroffen als

Wir setzen uns gegen eine Monokultur aus Großbanken und gegen eine Benachteiligung unserer bewährten mittelständischen Bankenlandschaft ein. Regionale Banken, die seriöses Kredit- und Einlagengeschäft anbieten, dürfen niemals für spekulative Geschäfte anderer Finanzinstitute in Haftung genommen werden.

Großbanken. Ihr Hauptgeschäft für Privatkunden und mittelständische Unternehmen wird dadurch ernsthaft gefährdet.

Zu diesem Thema traf sich Olaf Müller mit dem Vorstandschef der Ethikbank, Klaus Euler. Die erhöhten Anforderungen machen Produkte und Beratungsdienstleistungen nicht nur teuer, sondern produzieren wegen gesetzlich erzwungener Informationsbroschüren und Beratungsprotokolle nicht selten hunderte Seiten an Papier. Wegen der erhöhten Kosten werden große Teile der Bevölkerung von wichtigen Beratungsleistungen ausgeschlossen, da sich deren Angebot nur für höhere Anlagebeträge rechnet. Dies läuft dem Grundgedanken einer Genossenschaft zuwider.



Olaf Müller



MILCH DARF KEIN DUMPINGPRODUKT BLEIBEN

Die derzeitige Milchkrise – die zweite innerhalb von vier Jahren – zeigt eines deutlich: tierische Nahrungsmittel sind am „freien“ Markt nicht gut aufgehoben. Lässt man – wie derzeit nach dem Auslaufen der Milchquote – den Kräften des unregulierten Marktes ihren Lauf, dann führen Kostendruck und Mengenwachstum zur aktuellen Situation, in der alle verlieren:

- Die Landwirtinnen und Landwirte, weil sie immer weniger verdienen.
- Die Molkereien, weil sie erpressbar werden.
- Die Verbraucherinnen und Verbraucher, weil die Produkte schlechter zu werden drohen.
- Und vor allem die Tiere, die immer schneller „verbraucht“ werden.

Selbst die Handelskonzerne gehen ein hohes Risiko ein, denn mit der Erpressung ihrer Handelspartner zerstören sie das Vertrauen am Markt und machen sich moralisch und damit letztlich auch ökonomisch angreifbar. Dabei geht es nur um weniger als fünf Prozent, die am Markt derzeit zu viel angeboten werden. Diese Menge ließe sich

ohne Probleme durch eine konzertierte Aktion reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, dass es Anreize für eine Mengenreduzierung im Milchmarkt gibt. Olaf Müller traf sich dazu unter anderem mit dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Zudem findet im Ausschuss für Landwirtschaft des Thüringer Landtags derzeit eine Anhörung statt. Wir werden uns ausgiebig mit den vorliegenden und eingehenden Vorschlägen auseinandersetzen und daran arbeiten, dass Thüringer Betriebe wieder von ihrer Arbeit leben können, ohne die Tiergesundheit und letztlich damit auch die Gesundheit der Menschen aufs Spiel zu setzen.

Gute Nachrichten aus der Rinderhaltung:
Der Bundesrat fordert per Entschließungsantrag ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern. Das begrüßen wir ausdrücklich und wollen dies auch in Thüringen flächendeckend umsetzen. Darüber hinaus plädieren wir mit Rot-Rot-Grün für eine kürzere Übergangsfrist von acht Jahren. Der Antrag des Bundesrates sieht eine Frist von zwölf Jahren vor.



MEDIENKOMPETENZ

VON KINDERN UND JUGENDLICHEN STÄRKEN

Bundesweit wird gerade der 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) in den Länderparlamenten diskutiert. Auch wir werden uns dazu verhalten müssen, und das bei nicht ganz einfacher Sachlage, denn der 19. RÄStV beinhaltet eine lange Reihe von Änderungsthemen, die vier eigene Staatsverträge betreffen. Dabei ergeben sich aus unserer Sicht einige Problemlagen.

So können die Staatsverträge nur als Gesamtpaket abgestimmt werden. Dabei liegt meist eine bunte Mischung von Einzelproblemen/-themen vor, die nicht alle von gleicher Qualität sind. Besonders die Veränderungen im Bereich des Jugendmedienschutzes schaffen keine moderne Lösung, sondern hinken in der hier vorliegenden Fassung aktuellen Fragen und Problemen meilenweit hinterher. So werden unter anderem Kriterien für automatisierte Jugendschutzprogramme konkretisiert. Technische Lösungen wie Filterprogramme können aber wenn, dann überhaupt nur einen kleinen Beitrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen leisten. Vielmehr brauchen wir

eine Strategie für die Entwicklung von Medienkompetenz. Wir begrüßen jedoch ausdrücklich die im Staatsvertrag verankerte Einführung eines Online-Jugendprogrammes von ARD und ZDF. Damit schließen wir eine Lücke im Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender. Der 19. RÄStV zeigt exemplarisch die Schwächen der Staatsverträge im Allgemeinen. Besonders im Hinblick auf den Jugendschutz ist zu überlegen, ob hier die Form des Staatsvertrages noch die Geeignete ist. Der Staatsvertrag wird keine großen Erneuerungen bringen und teilweise aktuellen Problemlagen nicht gerecht. Er schafft allerdings auch keine wirkliche Verschlechterung und kann in einigen Punkten als Diskussionsauslöser gesehen werden.



Madeleine Henfling

RECHTE UND EXTREM RECHTE SZENE

IM AUGEN BEHALTEN



Die Beobachtung der rechten und extrem rechten Szene ist gerade in Thüringen, dem Herkunftsland des NSU, eine Aufgabe, die besondere Sensibilität verlangt und der es sich immer wieder zu stellen gilt. Mittels einer Kleinen Anfrage „Unvollstreckte Haftbefehle rechtsmotivierter Straftäterinnen und Straftäter“ holte Madeleine Henfling daher beim Thüringer Innenministerium weitere Informationen ein.

Das Ergebnis: Gegenüber 15 rechtsmotivierten Tatverdächtigen konnte im Jahr 2015 der Haftbefehl in Thüringen nicht vollstreckt werden. Vier der Haftbefehle basierten auf Gewaltdelikten und zwei auf politisch motivierten Straftaten. Diese Entwicklungen lassen uns aufhorchen. Denn es besteht immer die Gefahr, dass Tatverdächtige untertauchen und im Untergrund weiter agieren. Vor dem Hintergrund, dass im letzten Jahr von verschiedenen Sicherheitsbehörden, Politikerinnen und Politikern bundesweit auf die Gefahr hingewiesen wurde, dass eine Radikalisierung in der extrem rechten Szene stattfindet und rechtsterroristische Organisationen entstehen könnten, müssen wir diese Entwicklungen sehr ernst nehmen und deutlich im Blick behalten.

Unvollstreckte Haftbefehle rechtsmotivierter Straftaten

ERHEBUNG STICHTAG	2013	2014	2016
Haftbefehle	7	5	19
Betroffene Tatverdächtige	6	4	15
Politisch motivierte Kriminalität	2	1	2
Gewaltdelikte	0	1	4
Politisch motivierte Gewaltdelikte	0	0	0

Termine

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion: gruenlink.de/gch

3. Mai 2016:

Wie in jedem Jahr setzte die bündnisgrüne Landtagsfraktion ihre Tradition fort und besuchte ein naturschutzfachlich wertvolles Gebiet in Thüringen. Nach dem Besuch des Naturparks Eichsfeld-Hainich-Werratal im letzten Jahr, stand 2016 der nordwestliche Thüringer Wald auf dem Plan. Gemeinsam mit den Revierleitern der Forstämter Marksuhl und Bad Salzungen ging es durch malerische Waldlandschaften zu bereits vorhandenen Naturwaldparzellen und Messpunkten der jährlichen Waldzustandserhebung im Bereich Hohe Sonne und im Schweinaer Grund. Gleichzeitig wurde der Frage nachgegangen, wie die Offenland- und Waldflächen zwischen Bad Liebenstein und Eisenach in das Netzwerk der geplanten Natura-2000-Stationen eingebunden werden können. Dazu besuchten die Grünen-Fraktionäre auch das NABU-Naturschutzzentrum „Alte Warth“ in Gumpelstadt. „Wir wollten uns auch in diesem Jahr wieder vor Ort ein Bild über Problemlagen und Fortschritte beim Erhalt und der Pflege von Schutzgebieten sowie über die mögliche Entwicklung von Waldwildnisgebieten im Bereich Wartburg-Inselberg machen. Der Thüringer Wald steht wie kein anderer Naturraum für Thüringen. Insofern kann dessen Weiterentwicklung und Pflege auch die touristische und wirtschaftliche Entwicklung

dieser Region nur unterstützen“, erklärte im Anschluss unserer Fraktionsvorsitzender Dirk Adams. Grundsätzlich können wir nicht nur von Entwicklungsländern fordern, ihre Wälder zu schonen. Auch wir in Deutschland müssen einen namhaften Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität leisten. Für die rot-rot-grüne Regierungskoalition in Thüringen bedeutet das, bis zum Ende dieser Legislaturperiode eine Flächenkulisse und ein abgestimmtes Konzept in die Tat umzusetzen.



Weitere Informationen: gruenlink.de/15xx

19. März 2016:

Bundesweit protestierten am Equal Pay Day wieder Frauen, Initiativen und Verbände gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Dafür haben auch die rot-rot-grünen Regierungsfaktionen ein Zeichen gesetzt. Die durchschnittliche Entgeltlücke von 21,6 Prozent in Deutschland muss endlich geschlossen werden!



8. Juni 2016:

In einem gemeinsamen Fachgespräch wollen Madeleine Henfling und Astrid Rothe-Beinlich mit Vertreterinnen und Vertretern von Opferverbänden, Beratungsstellen und des Thüringer Migrationsministeriums ins Gespräch darüber kommen, wie Opfer rechter und rassistischer Gewalt besser geschützt, unterstützt und beraten werden können.



14. Juni 2016:

Mit den Möglichkeiten der energetischen Nutzung von Holzresten aus der Forstwirtschaft werden sich Olaf Müller und Roberto Kobelt im Rahmen eines Fachgesprächs befassen. Dazu wollen wir Expertinnen und Experten aus dem Forstbereich, den zuständigen Ministerien, Produzenten und Verbraucher von Holzpellets und -heizungen einladen.



Quelle: tchara/fotolia.com

DIE MITARBEITERINNE^N DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/3772669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/3772670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/3772660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung
Telefon: 0361/3772676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-fraktion.thueringen.de

Pressestelle



Silke Fließ
Pressesprecherin
Presse- und Kommunikationsverantwortliche
Telefon: 0361/3772666
E-Mail: silke.fliess@gruene-fraktion.thueringen.de



Mona Walter
Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungskoordination
Telefon: 0361/3772690
E-Mail: mona.walter@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum

hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

Vi.S.d.P.: Silke Fließ
Druckunterlagenschluss: Mai 2016
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Parlamentarische Beratung



Alexander Drygalla
Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus
Telefon: 0361/3772678
E-Mail: alexander.drygalla@gruene-fraktion.thueringen.de



Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/3772682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Foss
Referent für Wissenschaft, Netzpolitik, Europa, Medien
Telefon: 0361/3772689
E-Mail: christian.foss@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Gleichstellung, Asyl- und Migrationspolitik sowie Justiz
Telefon: 0361/3772683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz, Ernährung, Arbeit und Petitionen
Telefon: 0361/3772693
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-fraktion.thueringen.de



Ralf Martin
Referent für die Begleitung des Immelborn-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/3772691
E-Mail: ralf.martin@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Landwirtschaft und Forsten
Telefon: 0361/3772691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondernann
Referent für Energie, Klima, Umwelt und Naturschutz
Telefon: 0361/3772692
E-Mail: norbert.sondernann@gruene-fraktion.thueringen.de



Antonia Sturm
Referentin für Innen, Kommunales, Datenschutz und Kultur
Telefon: 0361/3772677
E-Mail: antonia.sturm@gruene-fraktion.thueringen.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl
www.twitter.com/gruenethl
www.flickr.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl